

## Vorwort

Die Zukunft der deutschen Städte und Gemeinden wird multiethnisch und interkulturell sein. Aufgrund von Zuwanderung, vor allem aber aufgrund generativer Effekte wird eine Zunahme des Anteils von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der jugendlichen Gesamtbevölkerung auf knapp 50 Prozent in den nächsten Jahren prognostiziert. Diese Entwicklung betrifft im besonderen die westdeutschen Großstädte und mittelgroßen Städte, aber auch andere Städte werden davon berührt. Migration ist regional betrachtet im wesentlichen ein urbanes Phänomen. Auch die innerstädtische Verteilung der Bevölkerung mit Migrationhintergrund zeigt für die meisten Kommunen eine ähnliche Kontur. Migranten und Migrantinnen sind überproportional in bestimmten Stadtteilen und städtischen Quartieren, den sogenannten benachteiligten Stadtteilen vertreten, in denen soziale Probleme kulminieren.

Die Förderung des interkulturellen Zusammenlebens wird deshalb zu einer bedeutenden strategischen Zukunftsaufgabe, die zentral verantwortet, aber lokal gelöst werden muss. Integration findet vor Ort in den Kommunen und ihren jeweiligen Sozialräumen statt. Nur dort kann Integration gelingen und können die komplexen Eingliederungsprobleme gelöst werden. Besonders die kommunalen Akteure/innen und hier vorrangig diejenigen, die in sogenannten benachteiligten Stadtteilen tätig sind, sind gefordert, Strategien und Konzepte zu forcieren, über die ein interkulturelles Zusammenleben im Stadtteil vorangetrieben und Prozesse der ethnischen Segregation aufgehalten werden können. Das Wohnquartier muss auf der Basis der Anerkennung kultureller Vielfalt als zentraler Ort der Integration und Identitätsbildung begriffen werden.

Auf dieser Konferenz für Akteure und Akteurinnen auch E&C-Gebieten wurden in Bezug auf die Ausrichtung und Gestaltung einer interkulturellen Stadt(teil)politik eine Reihe relevanter Fragestellungen beleuchtet, die sich auf der einen Seite auf die interkulturelle Öffnung der Institutionen der Aufnahmegesellschaft beziehen und auf der anderen Seite auf die Möglichkeiten der Partizipation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und ihrer Selbstorganisationen.

*Marga Pröhl* skizziert im einführenden Beitrag zunächst die Prinzipien einer interkulturellen Stadt(teil)politik. Nach einer datengestützten Präsentation der Lebenssituation von Migranten und Migrantinnen und der Darstel-

lung der Herausforderungen, die aufgrund von Zuwanderung auf die Kommunen und ihre Sozialräume zukommen, werden von ihr in Form von zehn Handlungsempfehlungen Prinzipien benannt, nach denen eine erfolgreiche Integrationspolitik in den Kommunen zu gestalten ist. Sie macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass es wesentlich ist, Integration als kommunale Querschnittsaufgabe zu verstehen ist. Eine kommunale Integrationspolitik verlangt weiter ein strategisches Integrationsmanagement, da die Förderung von Einzelprojekten, auch wenn diese durchaus erfolgreich tätig sind, nicht die gewünschte Langzeitwirkung zeitigen. Daneben sind Ansätze erforderlich, die verstärkt die Stadtteilebene mit einbeziehen und „vor Ort“ wirksam werden, dort wo die Bevölkerung mit Migrationshintergrund wohnt und lebt. In diesem Zusammenhang weist sie auf drei Ansätze, über die eine interkulturelle Stadtteilpolitik zu forcieren ist. Eine interkulturelle Integrationspolitik sollte erstens die Entwicklungsprozesse in benachteiligten Stadtteilen fördern, zweitens ein strategisches Stadtteilmanagement etablieren, mit dem Ziele definiert, Formen der Sozialberichterstattung implementiert und eine beteiligungsorientierte Maßnahmeplanung – und umsetzung durchgeführt werden, und drittens eine sozialraumorientierte Ausrichtung privilegieren.

Der Beitrag von *Dieter Filsinger* widmet sich dem zentralen Thema einer interkulturellen Stadt(teil)politik, der Notwendigkeit der interkulturellen Öffnung der Institutionen der Einwanderungsgesellschaft. In diesem Zusammenhang skizziert Dieter Filsinger zunächst die Konzeptualisierung und die Empirie von „interkultureller Öffnung“, geht anschließend mit Blick auf die Integrationserfolge anderer europäischer Kommunen der Fragestellung nach, warum sich Deutschland mit einer interkulturellen Öffnung seiner Institutionen nach wie vor besonders schwer tut und beschreibt in einem abschließenden Kapitel die Perspektiven einer kommunalen Integrationspolitik. Neben der notwendigen und weiter anzumahenden interkulturellen Öffnung der „deutschen“ Institutionen weist er in diesem Zusammenhang noch auf zwei weitere Aspekte hin, die für eine kommunale Integrationspolitik von hoher Bedeutung sind. So zeigt er auf, dass die Beseitigung der Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in den Bereichen Bildung und Qualifizierung und die Gestaltung der Integrationspolitik als sozialräumliche Aufgabe einen wesentlich Anteil daran haben werden, ob eine interkulturelle Stadt(teil)politik von Erfolg gekrönt sein wird.

*Stefan Gaitanides* analysiert die Rolle von Migranten/innen und ihren Selbstorganisations-

onen an der Gestaltung einer interkulturellen Stadt(teil)politik und gibt eine Einschätzung zu deren Integrations- und Partizipationspotentialen. Vor dem Hintergrund des 6. Familienberichtes „Familien ausländischer Herkunft in Deutschland“, der im Blick auf Familien mit Migrationshintergrund einen entscheidenden Paradigmenwechsel – weg von einer defizitären Betrachtung hin zu einer Ressourcenorientierung – vollzogen hat, skizziert er zunächst die Bedeutung, die informelle wie formelle Netzwerke für Migranten und Migrantinnen haben. In einem weiteren Schritt geht er auf die Fragestellung ein, welche integrativen aber auch segregativen Funktionen Migranten-Selbstorganisationen haben oder haben können und beleuchtet in einem letzten Punkt die sogenannte „Bringschuld“ der aufnehmenden Gesellschaft bezüglich der Chancen und Möglichkeiten der Partizipation von Migranten-Selbstorganisationen, denn die Partizipationsdefizite der Migranten-Selbstorganisationen – so schlussfolgert er – sind nicht deren vermeintlicher Neigung zur Selbstisolation geschuldet, sondern sind noch immer das Resultat einer bisher noch nicht erfolgten interkulturellen Öffnung der Aufnahmegesellschaft.

*Wolfgang Erler* thematisiert in seinem Beitrag die Integration von Migranten-Familien im sozialen Nahraum, da – eine Erkenntnis, der der bereits benannte 6. Familienbericht ein besonderes Augenmerk gewidmet hat – Migration nach wie vor ein Familienprojekt ist und demzufolge auch Integration nur über und mit den Migranten-Familien funktionieren kann. Diesbezüglich macht er deutlich, dass Integration nicht auf den Spracherwerb reduziert werden kann, ein Focus, der nach der PISA-Studie in der deutschen Öffentlichkeit zum Brennpunkt einer gelungenen Integration avancierte. Er macht dagegen deutlich, dass bei Fragen der Integration das ganze breite Spektrum sozialer Alltagspraxis aufgerufen wird, die sich aus der Perspektive von Migranten-Familien vor allem im sozialen Nahraum entfaltet. Auf der Grundlage der Auswertung einer Modellprojektarbeit „Der soziale Nahraum in seiner Integrationsfunktion für Familien ausländischer Herkunft“, die vom Deutschen Jugendinstitut e. V. (DJI) in verschiedenen bayerischen Kommunen durchgeführt wurde, benennt und differenziert er neun Handlungsfelder, die für eine Gestaltung einer interkulturellen Alltagspraxis im sozialen Nahraum von besonderer Bedeutung sind.

*Hubertus Schröer* skizziert in seinem Beitrag die theoretischen Grundlagen und die praktische Umsetzung der interkulturellen Öffnung im Stadtjugendamt und Sozialreferat der Stadt München. Die interkulturelle Orientierung und Öffnung der Institutionen wird im Stadtjugend-

amt und Sozialreferat der Stadt München als querschnittspolitische Aufgabe verstanden, insofern diese Strategie – ähnlich wie Gender Mainstreaming – insgesamt auf eine Reorganisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung von Entscheidungsprozessen ausgerichtet ist mit dem Ziel, mehr Chancengleichheit zwischen den Zugewanderten und den Autochthonen zu realisieren. In diesem Zusammenhang stellt er den strategischen Ansatz des „Drei-Säulen-Modells“ vor, mit dem in München die interkulturelle Öffnung des Stadtjugendamtes und des Sozialreferates vorangetrieben wird. Mit diesem „Drei-Säulen-Modell“, das die Elemente Neue Steuerung, Sozialpolitik und Qualitätsmanagement umfasst und damit in bestehende kommunale Verfahren integriert wird, ist eine gute Grundlage geboten, - so wird in diesem Beitrag deutlich - über kommunale Steuerungsprozesse das soziale Feld interkulturell zu öffnen.

*Beate Tröster* beschreibt die Institutionalisierung eines interkulturellen Netzwerkes zur Integration von Migranten/innen und Spätaussiedler/innen in der Stadt Erfurt, das inzwischen über fünf Jahre existiert und das bereits mehr als sechzig Träger, Organisationen, Vereine, Ämter und Einzelpersonen umfasst. Sehr praxisorientiert beschreibt sie die Struktur und Arbeitsweise des Netzwerkes, das Serviceleistungen für die Netzwerk-Akteure und -Akteurinnen anbietet, integrierte Leistungsangebote für Migranten/innen und Spätaussiedler/innen zur Verfügung stellt und auch den deutschen Einwohner/innen in Erfurt Angebote unterbreitet und diese über die Lebensrealitäten von Zugewanderten informiert. Als Resümee der bisherigen Arbeit des interkulturellen Netzwerkes kommt sie zu dem Schluss, dass sich die Situation der Zugewanderten in Erfurt deutlich verbessert hat, insofern die Service- und Dienstleistungen für Migranten/innen und Spätaussiedler/innen inzwischen wesentlich passgenauer sind und die Hemmnisse der Wahrnehmung solcher Angebote beseitigt werden konnten. Um diese interkulturellen Prozesse weiter zu forcieren, ist für die Stadt Erfurt die Entwicklung von kommunalen Vereinbarungen zur Integration von Zugewanderten vorgesehen und die Einrichtung eines städteweiten Migrations- und Integrationszentrum in Planung.

In einem weiteren Beitrag analysiert *Vicente Riesgo Alonso* vom spanischen Elternverein e.V. die Selbsthilfepotentiale von Migrantenvereinen als bedeutende Ressource im Integrationsprozess. Ausgehend von der Analyse von Integration als einen komplexem Prozess, der eine tiefgreifende Transformation der Gesellschaft zur Folge hat und mit bedeutenden Veränderungen sowohl der Migrantenkultu-

ren als auch der einheimischen Bevölkerung verbunden ist, warnt er davor, Integrationsprozesse im Rahmen von programmatischen, strategischen Überlegungen zu simplifizieren. Erst in einem zweiten Schritt geht er auf die Potentiale der Migranten/innen ein und thematisiert, wie sich diese für die Ausgestaltung des Integrationsprozesses nutzen lassen. Darüber hinaus beschreibt er die Ressourcen von Migrantenvereinen und Migranten-Selbstorganisationen als selbstverwaltete Institutionen, die für Migranten und Migrantinnen so etwas wie eine Brücke zwischen der Herkunfts- und der Aufnahmegesellschaft sind. Migrantenvereine und Migranten-Selbstorganisationen sind auch im Rahmen einer interkulturellen Stadtteilarbeit der privilegierte Ort einer möglichen Begegnung mit Zugewanderten. Sie kontinuierlich einzubinden in stadtteilbezogene Entwicklungsprozesse, klassifiziert er als wesentlichen Ansatzpunkt einer stadtteilbezogenen Integrationspolitik.

*Helmuth Schweitzer* erörtert die Chancen der Beteiligung von Migranten/innen an kommunalen stadtteilbezogenen Planungsprozessen im Blick auf die Forcierung des Integrationsprozesses. Nach einer analytischen Klärung der Begrifflichkeiten „Beteiligung“ und „Migrant“ und der Benennung unterschiedlicher Faktoren für verschiedene Formen und Inhalte, die die Beteiligung von Migranten/innen an kommunalen Planungsprozessen beeinflussen, thematisiert er die Vielfältigkeit lokaler Strukturen und geht auf die unterschiedlichen kommunalen Größenordnungen ein, die generell auf Beteiligungsprozesse Auswirkungen haben. Anhand des Beispiels der Stadt Essen, die in mehreren sozial benachteiligten Stadtvierteln seit Anfang der 80er Jahre interkulturell und ganzheitlich angelegte Stadtteilprojekte mit einheimischen und zugewanderten Bewohnern und Bewohnerinnen durchführt, macht er deutlich, wie die für einen Sozialraum zuständigen Institutionen darin unterstützt werden, ihre Arbeitsweise zur Steigerung der eigenen Problemwahrnehmungskompetenz zu überprüfen und die Konfliktfähigkeit des Stadtteils lebensweltangemessen zu verändern. Im Rahmen dieses Beispiels plädiert er eindringlich dafür, eine interkulturelle Stadt(teil)politik nicht „für“ Migranten/innen zu machen, sondern als Strategie zu begreifen, die Begegnungen zwischen der zugewanderten und der autochthonen Bevölkerung ermöglicht und mit der sogenannte „Gelegenheitsstrukturen“ im Stadtteil zur Verfügung gestellt werden.